

**KANTONS RAT**

## Beschaffungen: SVP fordert Konsequenzen



An der gestrigen Kantonsratssitzung standen zwei Themen im Zentrum: der Tätigkeitsbericht der Geschäftsprüfungskommission (GPK) und der Bericht des Regierungsrats über die kantonale Beteiligungsstrategie. Beide Geschäfte lösten rege Diskussionen aus. Insbesondere beim Thema Informatikbeschaffung zeigte sich erneut, dass die Regierung aus vergangenen Fehlern noch immer wenig gelernt hat.

Die GPK legte ihren Bericht für den Zeitraum März 2025 bis Februar 2026 vor. Sie untersuchte in dieser Zeit elf laufende Prüfungen und schloss drei davon ab. Besonders kritisch beurteilt die GPK die Beschaffungspraxis der kantonalen Verwaltung in IT-Fragen. Hintergrund war das gescheiterte Projekt «Elektronische Fallführung» (ELFA) für den Justizvollzug. Nachdem die für das Projekt verantwortliche Firma Ende 2023 das Handtuch geworfen hatte, vergab der Regierungsrat den Auftrag 2024 freihändig an eine neue Anbieterin – angeblich mangels Alternativen auf dem Markt.

Die Finanzkontrolle kam jedoch zum Schluss, dass für dieses Vorgehen nicht genügend rechtliche Gründe vorlagen. Sie widersprach damit ausdrücklich der Einschätzung des Regierungsrats und der Justizdirektorin Jacqueline Fehr (SP). Die Schwierigkeiten mit ELFA seien seit Jahren bekannt gewesen; die Notlage sei also selbstverschuldet. Aus Sicht der SVP ist es unverständlich, dass man trotzdem nach dem Motto «weiter wie bisher» verfährt.

Die Fraktion der SVP unterstützt deshalb die Forderung der GPK nach einer konsequenten Anwendung des Beschaffungsrechts und nach einer regelmässigen Berichterstattung über kritische IT-Schlüsselprojekte. Nur so lässt sich verhindern, dass Steuergelder in schlecht geführten Grossprojekten ohne Verantwortungskultur versickern. Nun müssen Taten folgen: verbindliche Leitlinien, klare Zuständigkeiten und allenfalls personelle Konsequenzen.

Hitzig verlief auch die Debatte um den Bericht zur Beteiligungsstrategie des Regierungsrats. Darin legt die Regierung erstmals eine Gesamtschau über die bedeutenden kantonalen Beteiligungen vor. Die Finanzkommission übte deutliche Kritik: Die Darstellung sei zu allgemein, strategische Ziele und Risiken blieben unklar. Auch aus Sicht der SVP ist der Bericht kein Meisterwerk. Er bleibt oberflächlich, bietet wenig greifbaren Mehrwert für die Oberaufsicht und lässt zentrale Fragen offen. Trotzdem stimmte die SVP-Fraktion der Kenntnisnahme zu, da der Bericht den gesetzlichen Mindestvorgaben entspricht und Verbesserungen ohnehin bereits für den nächsten Zyklus eingefordert wurden.

Die Diskussion zeigte, dass Transparenz und strategische Verantwortung bei staatlichen Beteiligungen ebenso wichtig sind wie klare Regeln bei der Vergabe öffentlicher Aufträge. Für die SVP steht fest: Der Kanton braucht keine neuen Gremien oder teure Reformen, sondern mehr Führungsverantwortung, bessere Kontrolle und den Mut, Fehlentwicklungen frühzeitig zu stoppen.

**Paul Mayer**  
Kantonrat SVP, Marthalen



Statt des Französisch- könnte auch der Englischunterricht in die Oberstufe verschoben werden. Bild: Tima Miroshnichenko/Pexels

# Schaffhausen rüttelt am Fremdsprachenunterricht

**SCHAFFHAUSEN** Der Schaffhauser Kantonsrat hat einer Motion zugestimmt, die eine Verschiebung des Fremdsprachenunterrichts von der Primar- an die Oberstufe prüfen will. Davon betroffen könnte Französisch oder Englisch sein.

Die Debatte im Schaffhauser Kantonsrat verlief intensiv und zog sich quer durch die politischen Lager. Mit 36 zu 17 Stimmen überwies das Parlament am Montag die Motion «Verschiebung des Fremdsprachenunterrichts an die Oberstufe». Entscheidend für den deutlichen Erfolg war eine wesentliche Anpassung des Textes im Vorfeld: Statt ausschliesslich das Frühfranzösisch ins Visier zu nehmen, wurde die Motion so abgeändert, dass auch eine Verschiebung des Frühenglisch eine mögliche Lösung sein könnte.

Diese neue Flexibilität bewog schliesslich auch den Regierungsrat zu einem Einlenken. Regierungsrat Patrick Strasser (SP) erklärte, dass sich die Regierung aufgrund dieser wichti-

gen Anpassung nun für eine Überweisung ausspreche.

### Uneinigkeit in den Fraktionen

Auffallend war, dass sich die Kantonsrätinnen und Kantonsräte in den meisten Fraktionen nicht einig waren. Die Risse verliefen oft mitten durch die Parteien, wobei die Frage der Entlastung gegen bildungspolitische Grundsätze abgewogen wurde. Motionär Markus Fehr (SVP) begründete das Anliegen mit dem hohen Druck auf die Kinder: «Es geht darum, die Primarschule zu entlasten. Das Frühfranzösisch ist eine grosse Belastung.»

Unterstützung für diese Sichtweise kam auch vonseiten der GLP. Raphael Kräuchi (GLP) äusserte sich skeptisch gegenüber der heutigen Vermittlung von Sprachen in jungen Jahren: «Das spielerische Erlernen der Fremdsprache ist oft nur ein frommer Wunsch. Zudem hat Englisch eine viel höhere praktische Bedeutung.»

### Kritik am Alleingang

Auf der Gegenseite wurde vor einem Alleingang des Kantons Schaffhausen

gewarnt, der die Harmonisierung der Schweizer Schullandschaft gefährden könnte. Roland Müller (Grüne) brachte die Bedenken auf den Punkt: «Wer das Frühfranzösisch infrage stellt, stellt auch den Lehrplan 21 infrage.» Die Gegner befürchten, dass eine Verschiebung die Anschlussfähigkeit der Schülerinnen und Schüler an andere Kantone erschweren würde.

Bisher beginnt der Frühenglischunterricht in Schaffhausen in der 3. Primarklasse, während Französisch ab der 5. Klasse unterrichtet wird. Mit dem heutigen Entscheid muss die Regierung nun aufzeigen, wie eine Entlastung der Primarschule durch die Verschiebung einer der beiden Sprachen an die Oberstufe konkret aussehen könnte.

Das Thema beschäftigt auch die Parlamente in anderen Kantonen. Der Zürcher Kantonsrat überwies etwa im vergangenen Jahr einen Vorstoss, der auf eine Abschaffung des Frühfranzösisch zielt. Auch in anderen Deutschschweizer Kantonen sind ähnliche Vorstösse bereits überwiesen worden oder noch pendent. (sda)

## Stimmvolk entscheidet über Extra-Arbeitszeit für Zürcher Lehrkräfte

**ZÜRICH** Das Stimmvolk im Kanton Zürich wird entscheiden, ob Lehrkräfte mehr Zeit für Extra-Arbeit wie Elterngespräche, Lagerorganisation oder Konfliktgespräche erhalten. FDP und SVP haben – wie angekündigt – das Kantonsratsreferendum ergriffen.

Damit wollen SVP und FDP gegen die «geplante, massive Kostensteigerung in der Volksschule» vorgehen, wie sie am Montag mitteilten.

Vor zwei Wochen hatte das Kantonsparlament die Vorlage zum neuen Berufsauftrag für Lehrpersonen in zweiter Lesung knapp mit 90 zu 87 Stimmen angenommen. Unter anderem werden die Klassenlehrpersonen gestärkt, indem deren Stundenpauschale von 100 auf 160 Stunden im Jahr und der Lektionenfaktor von 58 auf 59 erhöht wird.

### Debatten über Arbeitsbedingungen

Der Schlussabstimmung gingen sowohl in erster als auch in zweiter Lesung Grundsatzdebatten über die Arbeitsbedingungen von Lehrpersonen voraus. SVP und FDP kritisierten ausserdem, dass den Sorgen der Gemeinden wegen anfallender Mehrkosten keine oder zu wenig Beachtung geschenkt werde.

Aus diesem Grund ergriffen die FDP und die SVP das Referendum gegen diesen Entscheid des Parlaments. Sie sind der Ansicht, dass diese «entstehende Kostensteigerung keinerlei pädagogischen Mehrwert bringe», wie sie in der gemeinsamen Medienmitteilung schreiben.

Der Kanton Zürich und die Gemeinden ächzten heute schon unter den ständig steigenden Kosten der Volksschule, schreiben sie im zwei Seiten langen Communiqué weiter. Und einen Grossteil dieser anfallenden Kosten müssten die Gemeinden berappen. Die Volksschule müsse wieder einfacher werden. «Nicht einfach immer teurer», betonen die Freisinnigen und die Volkspartei. (sda)

# Nun auch Wunsch-Kontrollschilder für Motorräder

**ZÜRICH** Nach dem erfolgreichen Start bei den Autonummern weitet der Kanton Zürich das Angebot aus: Ab sofort gibt es auch für Motorräder Wunsch-Kontrollschilder zum Fixpreis. Nummern mit vier oder weniger Stellen kommen weiterhin online unter den Hammer.

Die Wunsch-Schilder für Motorräder können ab sofort online bezogen werden, eine kleine Auswahl sei zudem direkt an den Schaltern der sechs Strassenverkehrsämter im Kanton Zürich erhältlich, teilte die Sicherheitsdirektion des Kantons Zürich am Montag mit.

Je nach Zahlenkombination variieren die Preise zwischen 250 und 500 Franken. Von diesen Einnahmen profitiert die Zürcher Bevölkerung: Sie fliesen in die Staatskasse.

Ebenso jene aus dem Verkauf der Wunsch-Kontrollschilder für Autos. Denn seit Anfang Jahr können Zürcherinnen und Zürcher für ihre Autos

Wunsch-Nummern, etwa mit einem Geburtsdatum, zu einem Fixpreis beziehen. Voraussetzung ist, dass diese nicht bereits vergeben sind oder wegen bestimmter Kriterien versteigert werden.

Bis Anfang März wurden bereits über 1000 Auto-Kontrollschilder verkauft, wie es weiter heisst. Dies brachte insgesamt 320 000 Franken ein.

Den schweizweiten Rekord bei versteigerten Nummernschildern erzielte im März das Autokennzeichen «SO 1». Es brachte dem Kanton Solothurn 390 000 Franken in die Staatskasse. Zuvor hatte der Schweizer Rekordwert für ein Autokennzeichen bei 299 000 Franken gelegen – für «ZH 24» im Jahr 2024.

Weiterhin nicht möglich sind im Kanton Zürich Autoschilder mit Nullen am Anfang. «ZH 007» beispielsweise wird es somit auch künftig nicht geben. Stattdessen wird es in absehbarer Zeit aber auch siebenstellige Kontrollschilder geben, wenn die sechsstelligen nicht mehr ausreichen.

Bis das erste siebenstellige Nummernschild und damit wohl «ZH



Im Kanton Zürich können neu Wunsch-Kontrollschilder nicht nur für Autos, sondern auch für Motorräder erworben werden. Bild: Mateus Jud/unsplash.com

1000 000» auf den Zürcher Strassen auftaucht, dürfte es nicht mehr allzu lange dauern. Das Bundesamt für Strassen geht von 2027 aus. Auf Bundesebene diskutiert werden auch «Va-

nity Plates», die vor allem in den USA gebräuchlich sind. Dabei handelt es sich um Schilder, auf denen etwa Namen, Begriffe oder Abkürzungen möglich sind. (sda)